

**DEUTSCHLAND  
BRAUCHT TEMPO.**

**DAS DYNAMISIERUNGS-  
PROGRAMM FÜR UNSER LAND  
UND SEINE WIRTSCHAFT.**

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 16. August 2021

---

Deutschland braucht Tempo:

## Das Dynamisierungsprogramm für Deutschland und seine Wirtschaft

Deutschlands wirtschaftliche Lage ist nach 18 Monaten Corona-Pandemie und einer historischen Flutkatastrophe ungewiss. Neben den unermesslichen Schäden an Leib und Seele sowie angesichts materieller Verluste, belastet viele Menschen die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Werden die Pandemie, die digitale Transformation oder der Kampf gegen den Klimawandel meinen Arbeitsplatz gefährden? Ist mein Unternehmen gut aufgestellt für die kommenden Veränderungen? Wieviel Wohlstand und Freiheit wird es für unsere Kinder und Enkelkinder geben? Wie bleibt die Rente finanzierbar? Fragen wie diese bewegen Deutschland. **Deshalb müssen wir jetzt über das Erwirtschaften reden, bevor wir über das Verteilen nachdenken.**

Auf den ersten Blick scheint die deutsche Wirtschaft gut aus der Krise zu kommen. Wichtige Wirtschaftsindikatoren senden positive Signale: 1,5 Prozent Wachstum im zweiten Quartal, hohes Umsatzwachstum im Handel, mehr offene Stellen am Arbeitsmarkt und deutlich weniger Kurzarbeit. Doch die Signale dürfen uns nicht in falscher Sicherheit wiegen. **Der Wirtschaftsaufschwung ist kein Selbstläufer.**

Andere EU-Staaten wachsen deutlich dynamischer als wir. Die EU-Kommission prognostiziert für Deutschland 3,4 Prozent Wachstum in diesem Jahr, für Italien dagegen 4,2 Prozent und für Frankreich sogar 5,7 Prozent. Probleme bei den Lieferketten, insbesondere bei Halbleitern, bereiten der exportorientierten Industrie große Probleme. Dort wächst die Kurzarbeit wieder. Allein der Mikrochipmangel könnte der Wirtschaft rund ein Prozent Wachstum kosten. Die Sorgen um neue Substanzsteuern, Energiesicherheit und Stromkosten belasten das Investitionsklima zusätzlich. **Politische Weichenstellungen dürfen nicht zum Risiko für den Standort Deutschland werden.**

Gleichzeitig warten große Herausforderungen auf Deutschland. Die Schulden der Corona-Krise müssen abgebaut werden. Die Infrastruktur muss in den Flutgebieten neu aufgebaut und im Rest der Republik modernisiert werden. Der Umstieg in das dekarbonisierte Zeitalter muss gelingen, ohne eine soziale Spaltung zu erzeugen. Der demografische Wandel stellt den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme vor große Aufgaben. Wirtschaft und Gesellschaft stecken mitten in der digitalen Transformation. **Die Aufgaben werden wir nur lösen, wenn wir wirtschaftlich stark und erfolgreich sind.**

Die Jahrhundertaufgabe Dekarbonisierung ist aus Klimaschutzgründen unverzichtbar. Sie ist zudem eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die Transformation der Wirtschaft kann aber nicht der Staat leisten, sondern nur die Wirtschaft selbst – mit Investitionen in Forschung und Entwicklung neuer Technologien. Dazu braucht die Wirtschaft Freiräume, in finanzieller wie auch in regulatorischer Hinsicht. Eine Politik der Überregulierung und Steuererhöhungen verlangsamt den Transformationsprozess. **Wenn andere Industriestandorte in der Welt die Transformation schneller schaffen, verlieren wir unseren Wohlstand.**

Wir müssen so schnell wie möglich die Wirtschaft vom Tropf des Staates lösen. Die Gesetze der Sozialen Marktwirtschaft müssen wieder in Kraft gesetzt werden. Es ist an der Zeit für den Rückzug des Staates aus Markt und Wirtschaft. Wir brauchen fairen Wettbewerb und Transparenz, damit das wichtige Vertrauen zwischen Unternehmen und Marktteilnehmern wieder wachsen kann. **Wir müssen die Wirtschaft in die Freiheit entlassen.**

Aufgabe des Staates ist es, die Dynamik des Standorts Deutschland zu verbessern: Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, sichere und bezahlbare Energieversorgung, beste Schulen und Universitäten sowie Fort- und Weiterbildung für die Fachkräfte von morgen, eine schnelle und bürokratiearme Verwaltung, faire Steuern und eine moderne Infrastruktur. Und vor allem: Einen Mentalitätswechsel in Politik und Verwaltung. **Wir brauchen weniger Veto-Rechte und mehr Macher-Pflichten.**

Wir Freien Demokraten sind zuversichtlich. Mit einer Politik für Wachstum, Wohlstand und Nachhaltigkeit kann Deutschland so stark werden, dass uns jede Aufgabe gelingt. Wir können den Standort Deutschland in diesem Jahrzehnt zum Hotspot von Innovationen und Investitionen machen. Wir müssen damit heute beginnen. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Nie gab es mehr zu tun!

#### **Unsere wirtschaftspolitische Agenda nach der Bundestagswahl:**

- 1. Ausstieg aus den Lockdown- und Corona-Maßnahmen.** Die Unternehmen und Selbstständigen brauchen jetzt Planungs- und Investitionssicherheit, damit die Wirtschaft nachhaltig an Fahrt aufnehmen kann. Das Ziel, eine Überforderung des Gesundheitssystems zu verhindern, ist mit der Impfung, mit Behandlungsmöglichkeiten, der umfangreichen Testinfrastruktur und mit dem Einsatz medizinischer Masken im Herbst und Winter gut zu erreichen. Deshalb müssen alle weiteren Grundrechts- und Freiheitseinschränkungen zurückgefahren werden. Die neue Bundesregierung sollte eine politische Garantie abgeben, dass es keinen weiteren flächendeckenden Lockdown geben wird.
- 2. Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und Stärkung des Wettbewerbs.** Die staatliche Unterstützung für unverschuldet in die Krise geratene Unternehmen ist und bleibt richtig. Sie darf aber kein Dauerzustand werden.
  - Damit der Ausstieg nicht politisch bestimmt wird, und damit zu früh oder zu spät kommt, sollten die Wirtschaftshilfen umgestellt und an den branchendurchschnittlichen Einbruch des Betriebsergebnisses gekoppelt werden. Das ermöglicht ein branchenspezifisches Auslaufen der Hilfen und setzt gleichzeitig Anreize für Eigeninitiative und kreative Ideen der Unternehmen.

- Die Beteiligungen des Staates – insgesamt über 40 Milliarden Euro – müssen mittelfristig zurückgeführt werden. Unnötige staatliche Beteiligungen sowie alle Unternehmensanteile, die nicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören, müssen verkauft bzw. muss das Kapital zur Verbesserung der Infrastruktur eingesetzt werden – hier insbesondere Post und Telekom. Der Erlös kann in die digitale Infrastruktur investiert werden.
- Start einer Wettbewerbsoffensive und weltweite Spielregeln für digitale Märkte. Statt auf steuernde und wettbewerbsreduzierender Industriepolitik zu setzen, muss das Wettbewerbsrecht an den digitalen Wandel und die Globalisierung angepasst werden, insbesondere bei der Fusionskontrolle und der Missbrauchsaufsicht.

**3. Entfesselung von Bürokratie.** Die wachsende Bürokratielast belastet Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaft gleichermaßen. Bürokratie erstickt Eigeninitiative, Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung. Mit einem Entfesselungspakt müssen wir einen Befreiungsschlag setzen, der alle Ideen und Initiativen zum Bürokratieabbau bündelt u.a. mit:

- schlankeren Vergabe-, Register- und Informationsbestimmungen
- einer Reduzierung der Dokumentationspflichten z.B. beim Mindestlohn
- einer Verlegung der Sozialabgabefälligkeit in den Folgemonat
- einer Anhebung der Grenze für Buchführungspflichten
- einer Verkürzung der Aufbewahrungsfristen
- einer „One in, two out“ Regelung, die den doppelten Abbau von Belastungen bei Einführung einer neuen Belastung vorschreibt

**4. Private Investitionen auslösen.** Deutschland ist zum Spitzenreiter bei der Belastung durch Steuern und Abgaben geworden. Steuerliche Entlastungen sind kein Selbstzweck, sondern eine Grundvoraussetzung für Anreize in private Investitionen. Damit die deutsche Wirtschaft auch in Zukunft zur Weltspitze gehört, sind jetzt gewaltige Investitionen in die Digitalisierung und Dekarbonisierung notwendig. Staatliche Investitionen können das nicht leisten. Sie sind langsamer, bürokratischer und weniger zielgerichtet. Vor allem ist das Kapitalpotenzial privater Investitionen um ein vielfaches größer als alle denkbaren staatlichen Programme. Der Weg über private Investitionen generiert mehr Wachstum, was zu mehr Beschäftigung und Entlastung der Sozialsysteme und perspektivisch steigenden Staatseinnahmen führt. So starten wir einen Investitions-Turbo:

- Klare Absage an Substanzsteuern wie etwa eine Vermögensteuer. Sie würde Investitionen verhindern und die produktive Substanz des Landes schwächen.
- Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages für Unternehmen, Selbständige und Sparer.
- Verbesserte Abschreibungsbedingungen für alle beweglichen und digitalen Wirtschaftsgüter.
- Ausweitung der Verlustverrechnung, wobei der Verlustrücktrag auf Höchstbetragsgrenzen von 30 Mio. Euro (statt 10 Mio. Euro) bei Einzelveranlagung und von 60 Mio. Euro (statt 20 Mio. Euro) bei Zusammenveranlagung festgeschrieben wird.
- Verbesserte Thesaurierungsbegünstigungen zur Kapitalstärkung der Unternehmen.
- Klare Absage an zusätzliche Steuern auf EU-Ebene

- Ziel muss die Senkung der steuerlichen Belastung von Unternehmen auf den OECD-Schnitt von 25 Prozent sein.

**5. Staatliche Investitionen beschleunigen.** Investitionen des Staates fließen – wie beim Digitalpakt – häufig nur langsam und unvollständig ab. In der kommenden Legislaturperiode müssen öffentliche Investitionen deutlich beschleunigt werden.

- Investitions- und Förderprogramme des Bundes werden stärker zeitlich befristet, um die Anreize für eine schnelle Inanspruchnahme zu erhöhen.
- Kommunen und Länder, die Bundesprogramme besonders schnell erfolgreich umsetzen, werden durch einen verringerten Eigenanteil besonders gefördert.
- Der Bund sollte für seine Investitions- und Förderprogramme Verwaltungsvorschriften mit Zustimmung des Bundesrates erlassen, um einheitliche, bürokratiearme Antragsverfahren zu gewährleisten.

**6. Planungsverfahren beschleunigen.** Die Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten muss zukünftig erheblich beschleunigt, entbürokratisiert und besser organisiert werden.

- Die teilweise inhaltlich doppelt durchgeführten Prüf- und Genehmigungsverfahren müssen zusammengelegt und verkürzt werden. Für umweltrechtliche Untersuchungen müssen Stichtagsregelungen geschaffen, Bürgerbeteiligung vorgezogen sowie Klagemöglichkeiten gestrafft und begrenzt werden. Damit verspätet vorgebrachte Einwände nicht mehr zu unverhältnismäßiges Verzögerungen führen, wollen wir die materielle Präklusion reaktivieren.
- Einführung einer frühzeitigen „Mitwirkungspflicht“ für Verbände, wodurch strittige Punkte frühzeitig identifiziert und kooperativ erörtert werden können. Grundsätzlich sollte in der Zukunft gelten: Wer sich nicht rechtzeitig beteiligt und einbringt, verliert sein späteres Klagerecht.
- Sanierung und Ausbau von Verkehrswegen müssen auf bestehende Planungen aufgesetzt und mit drastisch verkürzten Genehmigungsverfahren realisiert werden können. Das gilt erst Recht für vorübergehende Ersatzbaumaßnahmen.
- Umsetzung großer Infrastrukturprojekte von nationaler Bedeutung auf Basis gesetzlicher Planfeststellung durch den Deutschen Bundestag. Dadurch werden diese Maßnahmen demokratisch legitimiert und parlamentarisch kontrolliert. Eine frühzeitigere und unanfechtbare Trassenfestlegung, beispielsweise im Vorfeld eines Planfeststellungsverfahrens, kann darüber hinaus die Akzeptanz für das Projekt erhöhen und die nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.

**7. Klimapolitik mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und als Teil einer Wachstumsagenda.**

Gute Klimapolitik stärkt die Wirtschaft und sucht globale Lösungen. Deswegen sollten wir nicht auf nationale Alleingänge und Planwirtschaft, mit Verboten, Strafsteuern und Subventionsprogrammen setzen, sondern auf marktwirtschaftliche Instrumente und eine internationale Klima-Börse. Klimapolitik ist aber auch elementarer Baustein einer Wachstums- und Fortschrittsagenda für unseren exportorientierten Technologiestandort. Mit in Deutschland entwickelten Innovationen – „Klimaschutz Made in Germany“ – können wir auf einem globalen Klima-Markt einen neuen Exportschlager landen. Für Innovationen

braucht die Wirtschaft aber mehr Freiheit bei Bürokratie und Abgaben, und kein Veto-Recht eines Klimaministeriums.

- Einführung eines festen CO<sub>2</sub>-Limits nach den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens.
- Abschaffung des staatlich festgesetzten CO<sub>2</sub>-Preises und Vorziehen des Übergangs in den Emissionshandel ohne Preiskorridor für alle Sektoren deutlich vor 2026. Die Einnahmen dienen als Klimadividende zum sozialen Ausgleich und zur Senkung der Energiebesteuerung.
- Verhandlungen im Kreise der G7 über die Gründung einer globalen Klima-Börse, die nationale Handelssysteme zu einem globalen Marktplatz weiterentwickelt und damit die nationalen Anstrengungen für CO<sub>2</sub>-Einsparungen miteinander verknüpft.
- Freier Handel für Umweltgüter. Das nahezu ausverhandelte WTO-Abkommen über Umweltgüter (EGA), das die Verringerung von Handelsbarrieren speziell für umweltfreundliche Güter vorsieht, muss zum Abschluss kommen. Ein solches Abkommen vermeidet Umweltprotektionismus und verbessert die Chancen für Entwicklungs- und Schwellenländer im internationalen Wettbewerb.
- Energie- und Rohstoffallianzen der EU mit Nachbarregionen schließen. Insbesondere beim Ausbau Erneuerbarer Energien müssen wir europäisch und darüber hinaus denken. Die Bedingungen für E-Fuels und Wasserstoff aus Photovoltaik sind in Südeuropa oder Nordafrika deutlich günstiger als in Deutschland.
- Garantie für Technologieoffenheit im Klimaschutz. Beseitigung von Technologiebremsen wie das Ausklammern von E-Fuels beim CO<sub>2</sub>-Flottenverbrauch und kein Verbot des Verbrennungsmotors.
- Steuerliche Förderung von Investitionen von Unternehmen in die Vermeidung oder den Speicher von CO<sub>2</sub> analog zu den Ausgaben von Forschung und Entwicklung.

**8. Sichere und bezahlbare Energie.** Die Zukunft des Industriestandortes Deutschland entscheidet sich maßgeblich an der Versorgungssicherheit und den Kosten für Energie. Insbesondere bei den Strompreisen, aber auch bei der Versorgungssicherheit hat Deutschland deutlich an Boden verloren.

- Entlastung bei den höchsten Strompreisen Europas. Davon sind über die Hälfte staatlich veranlasste Kostenbestandteile. Wir wollen Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger beim Strompreis entlasten, indem wir die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß reduzieren und die EEG-Umlage perspektivisch abschaffen.
- Die Energieversorgung mit Strom und Wärme in Deutschland muss auch künftig gesichert sein. Dazu werden wir das Monitoring der Versorgungssicherheit weiterentwickeln. Die Bundesregierung muss eine jährliche Strom- und Energiebilanz für den Energiebedarf und dessen Deckung aus Energiequellen aufstellen. Den Bau neuer Gaskraftwerke werden wir beschleunigen.
- Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft durch Unterstützung von Investitionen in eine Infrastruktur für Import, Transport und Verteilung von Wasserstoff und klimafreundlichen Gasen. Für den schnellen Hochlauf setzen wir nicht ausschließlich auf grünen, sondern auf alle klimafreundlichen Herstellungsverfahren für Wasserstoff.

**9. Gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften.** Damit der Fachkräftemangel nicht zur Wachstumsbremse wird, müssen wir attraktiver werden für Fachkräfte aus dem Ausland. Deutschland braucht daher klare Regeln für Einwanderung nach eigenen Interessen, gebündelt in einem Einwanderungsgesetzbuch. Die Steuerung der Zuwanderung ist entscheidend für Wohlstand, soziale Stabilität und Akzeptanz in unserem Land.

- Ein verständliches Einwanderungsrecht mit einem modernen Zwei-Säulen-System. Einer weiterentwickelten „Blue-Card“, die auch für nichtakademische Fachkräfte geöffnet wird. Sowie einer neuen „Chancenkarte“ für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild. Darüber können Fachkräfte ohne Arbeitsangebot aber mit entsprechenden Qualifikationen zur Arbeitssuche nach Deutschland kommen.
- Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines „Spurwechsels“ in eine der beiden Säulen der Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben.
- Eine stärkere Steuerung der Migration sowie eine konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht durch Abschiebung. Dazu müssen wir besser zwischen politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern unterscheiden. Kriegsflüchtlinge sollen nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren. Der Bund sollte für alle Fragen des Schutzstatus und der Beendigung des Aufenthaltes einschließlich der Abschiebung zuständig sein.
- Für verbindliche Migrationsabkommen mit den Hauptherkunftsländern, um sowohl Anwerbung als auch Abschiebung präziser zu steuern.

**10. Freihandel fördern und einen transatlantischen Wirtschaftsraum gründen.** Der freie und regelbasierte Handel ist auch weiterhin der beste Garant für eine friedliche und wohlhabende Welt.

- Deutschland wird wieder zu einem Fürsprecher des regelbasierten Freihandels, ratifiziert das EU-Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und treibt den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen (Mercosur) voran.
- Wir wollen einen neuen Anlauf für ein umfassendes transatlantisches Freihandelsabkommen starten und einen transatlantischen Wirtschaftsraum erreichen.
- Um der Handelspolitik mehr Gewicht zu verleihen, soll es eine Staatsministerin oder einen Staatsminister für Außenhandel in der Bundesregierung geben.

**11. Nachhaltigkeit bei Staatsfinanzen und in den Sozialsystemen.** Die Bewältigung der Corona-Pandemie und die wachsenden Effekte der demografischen Entwicklung sind enorme finanzielle Aufgaben. Eine Politik, die auf Schulden und Belastungen für kommende Generationen setzt, können wir uns in den 20er Jahren nicht mehr leisten. Wir brauchen den Umstieg in eine nachhaltige, weil generationengerechte und damit investitionsorientierte Finanz- und Sozialpolitik.

- Rückkehr zu der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und Absage an deren Aufweichung oder Umgehung durch Staatsfonds.
- Senkung der Abgabenquote für Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf unter 40 Prozent.
- Ergänzung des gesetzlichen Rentensystems um einen kapitalgedeckten Bestandteil. Mit der gesetzlichen Aktienrente profitieren die Versicherten von den

Wertentwicklungen am Kapitalmarkt, Arbeitnehmer und Unternehmen von stabilen Beiträgen.

- Stärkere Kapitaldeckung in der Pflegeversicherung und damit Beitragsdämpfung. Absage an eine Auflösung des Pflegevorsorgefonds.
- Bekenntnis zum dualen Gesundheitssystem aus GKV und PKV.
- Baldmöglichste Wiederinkraftsetzung eines reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf EU-Ebene.

**12. Digitalisierung zum Durchbruch verhelfen.** Einer der wichtigsten Wachstumsmotoren der 20er Jahre wird die Digitalwirtschaft sein. Damit Deutschland hier den Anschluss an die Weltspitze schafft, muss die digitale Infrastruktur schnell leistungsfähiger werden. Grundlage für ein flächendeckendes, schnelles Mobilfunknetz ist ein bundesweites Glasfasernetz. Ebenso müssen die analogen Strukturen in Verwaltung und öffentlichen Institutionen aufgebrochen und auf die Bedürfnisse einer modernen, digitalen Gesellschaft angepasst werden.

- Flächendeckender Ausbau der digitalen Infrastruktur. Dies betrifft sowohl den beschleunigten Breitbandausbau durch die Ausgabe von Gigabit-Gutscheinen, als auch die Schließung weißer Flecken beim Mobilfunknetz durch Negativauktionen in unterversorgten Gebieten.
- Ein modernes, innovationsfreundliches Datenrecht, das der Entwicklung digitaler Zukunftstechnologien und Geschäftsmodelle in Deutschland Raum gibt und gleichzeitig die Persönlichkeitsrechte der Bürger schützt.
- Ein Ministerium für digitale Transformation zu errichten, das die verschiedensten Digitalisierungsprojekte über alle Fachbereiche hinweg koordiniert und Kernthemen wie die Verwaltungsmodernisierung zentral vorantreibt und einheitliche Rahmenbedingungen für digitale Prozesse schafft.
- Umbau auf eine „Virtuelle Verwaltung“. Auf dem „Deutschlandportal“ können Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen alle beim Staat vorhandenen Informationen einsehen und alle Verwaltungsdienstleistungen gebündelt nutzen.
- Einführung eines digitalen Personalausweises für das Smartphone („Smart-Perso“) für die digitale Legitimation ohne Zusatzhardware.
- Ein neues Börsensegment für digitale Wachstumsunternehmen und erfolgreiche Start-ups, das die Kapitalbasis für junge Unternehmen verbessert und das Marktsegment sichtbarer und attraktiver macht.

Deutschland wird getragen von einer starken Mittelschicht und einem starken Mittelstand. Der Fokus auf die Ränder der Gesellschaft – ganz oben oder ganz unten – ist kein Beitrag zu den großen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht. Wir Freie Demokraten wollen einen Linksrutsch der Politik nach der Bundestagswahl verhindern. Deutschland ist nur dann stark und erfolgreich, wenn es aus der Mitte regiert wird. Unsere Zukunft ist nicht der harte Verteilungskampf um stagnierenden Wohlstand. **Unsere Zukunft ist mehr Wohlstand, mehr Wachstum und mehr Nachhaltigkeit.**